



Makro-Mikro

46

Der feine Unterschied in Mexikos Ökonomie

Gerold Schmidt

„Makroökonomische Operationen aus Regierungssicht bisher gelungen, die Hälfte der Patienten dauerhaft halbtot“: So lässt sich die wirtschaftliche Situation in Mexiko recht gut beschreiben. Die Ökonomie des Landes war in den vergangenen Jahren weitgehend stabil. Zwar blieben die jährlichen Wachstumsraten mit Werten zwischen 1,5 und 2,5 Prozent meist unter den von Politikern prophezeiten Steigerungen von 4 und mehr Prozent. Es hat aber seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 auch keinen heftigen Ausschlag nach unten gegeben. Die Inflation lag 2015 bei 2,1 Prozent. Ein Tiefstwert in den vergangenen 70 Jahren.

Selbst der Ölpreisverfall hat bisher in dem Rohöl-Exportland nicht so durchgeschlagen wie beispielsweise in Brasilien oder Venezuela. Zwar sank der Barrel-Preis für den mexikanischen Ölmix innerhalb weniger Jahre von über 100 Dollar auf zeitweise weniger als 20 Dollar zu Anfang dieses Jahres. Doch Mexiko hat als Förderland (mit 2,7 Millionen Barrel pro Tag nur noch auf Rang 10) und Öl-Exporteur (mit jähr-

lich 56,7 Millionen Tonnen nur noch Platz 12) zunehmend an Bedeutung verloren. Das Staatsbudget hängt nicht mehr wie früher zu 30 bis 40 Prozent von den Öleinnahmen ab. Der Anteil ist derzeit sogar unter 20 Prozent gesunken. Die Regierung schloss eine teure, aber im Nachhinein hilfreiche Versicherung ab, die einen Teil der Differenz der für 2015 und 2016 im Haushalt eingeplanten Öleinnahmen und dem auf dem Weltmarkt erzielbaren Preis ausgleicht. Ausländische Touristen und die Familienüberweisungen der Mexikaner in den USA bringen inzwischen mehr Devisen ins Land als der Rohölverkauf. Dazu boomt die Autoausfuhr. Zudem hat die Regierung unter Präsident Peña Nieto die Steuerschraube angezogen und die Steuerbasis erweitert. Bezeichnend ist dabei, dass Großkonzerne nach wie vor in den Genuss von Vergünstigungen, Schlupflöchern und hoher Steuerrückzahlungen kommen. Für viele kleine Gewerbetreibende dagegen gibt es gegenüber der Finanzbehörde kein Entrinnen.

Die öffentlichen mexikanischen Schulden sind anders als bei der sogenannten Tequila-Krise 1994/95 zu etwa 80 Prozent in der Landeswährung Peso und nicht in US-Dollar aufgenommen.

Das verschafft der Regierung einen größeren Handlungsspielraum. In den letzten drei Jahren ist die öffentliche Schuld allerdings um 10 Prozent auf fast 46 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angewachsen. Der mexikanische Peso befindet sich seit Mitte 2014 auf zuerst langsamer, dann immer schneller werdender Talfahrt und hat in dieser Zeit über 30 Prozent seines Wertes verloren. Massive tägliche Stützungskäufe durch die mexikanische Zentralbank blieben in den vergangenen Wochen weitgehend wirkungslos und wurden Mitte Februar ausgesetzt.

Stattdessen traten Zentralbankchef Agustín Carstens und Finanzminister Luis Videgaray gemeinsam an die Öffentlichkeit und verkündeten angesichts weiterer Währungsvolatilität und anhaltend niedriger Ölpreise einen Anpassungsplan. Die Zentralbank hob ihren Zinssatz von 3,25 Prozent auf 3,75 Prozent an, Videgaray ordnete die Senkung des Staatsausgaben um 0,7 Prozent oder umgerechnet gut 6,5 Milliarden Euro sowie die Entlassung von zunächst 15000 Staatsbeschäftigten an, davon 10000 beim staatlichen Erdölkonzern Pemex. Schon im Vorjahr war der Personalbestand bei Pemex kontinuierlich abgebaut worden. Noch ar-



beiten dort etwa 140000 Beschäftigte. „Luis mit den Scherenhänden“ heißt der Staatsverschlinker Videgaray inzwischen. Die Tage des zudem durch eine extreme Steuerlast gebeutelten Staatskonzerns Pemex scheinen gezählt. Arbeitsminister Alfonso Navarrete zeigte sich überzeugt, der freie Markt werde die Entlassenen „aufsaugen“.

Ganz in diesem Sinne preist die Regierung Peña Nieto seit ihrem Amtsantritt Dezember 2012 wie die Vorgängeradministrationen den freien Wettbewerb als Lösung für wirtschaftliche Probleme an. Die Energiereformen aus dem Jahr 2014 haben das Land endgültig für die vorwiegend ausländischen Öl-, Gas- und Stromkonzerne geöffnet. Der Bergbausektor bietet den Multis schon seit langem exzellente Bedingungen – lang laufende Konzessionen, geringe und nachlässige Gewinnbesteuerung, billige Arbeitskräfte.

Am 4. Februar 2016 unterschrieb die mexikanische Regierung das von den USA vorangetriebene und gegen Chinas wirtschaftlichen Vormarsch gerichtete Handelsabkommen für die Transpazifische Partnerschaft (TPP; Mitgliedsstaaten: USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam).

Die „Partnerschaft“ geht mit weiteren Liberalisierungen einher, die Ratifizierung durch den mexikanischen Senat wird zu Jahresende erwartet. Die Verhandlungen waren von ähnlicher Geheimniskrämerei begleitet wie bei TTIP.

Hinter der – noch – bestehenden makroökonomischen Stabilität, für die Mexiko den Beifall von Weltbank, IWF und OECD bekommt, verbirgt sich allerdings eine zweite Realität. Mexiko ist ein Paradebeispiel für die globale Tendenz, die die Organisation Oxfam in ihrer im Januar veröffentlichten Studie mit dem Titel „An Economy for the 1%.“ auf den Punkt brachte. 2002 konzentrierten vier mexikanische Milliardäre ein Vermögen, das damals 2 Prozent des mexikanischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachte. 2014 entsprach dieses bereits 9 Prozent des BIP. Dagegen leben nach Angaben des staatlichen Institution Coneval mehr als 50 Millionen Einwohnern oder knapp die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Davon sieben bis zehn Millionen in extremer Armut. An diesen Zahlen hat sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten nichts Wesentliches geändert. Und das soll es auch nicht. Eine umfangreiche Reservearmee ist von Nutzen, solange sie unter Kontrolle bleibt.

Mexiko in Zahlen

Mexiko hat eine Bevölkerung von 120 Millionen Menschen. Das Land zählt zu den Schwellenländern, „emerging states“, die in den vergangenen Jahren der Weltwirtschaft einen besonderen Schub gaben und die von der weltweiten Krise 2008/09 nur am Rande betroffen waren. Aktuell erweist sich die mexikanische Ökonomie als Teil dieser Schwellenländer als relativ stabil – gemessen an der tiefen Krise, die Brasilien und Russland erleben, und im Vergleich mit dem erheblichen Rückgang des Wachstums in der VR China.

Mexiko ist Mitglied der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, in der seit 1994 Kanada, die USA und Mexiko zusammengeschlossen sind. Mit der NAFTA erhöhte sich einerseits die Abhängigkeit Mexikos von der Rest-NAFTA; US-Konzerne beherrschen das Land weitgehend. Andererseits profitiert Mexiko teilweise von der relativen Stabilität der USA. Die Tatsache, dass es keine Einheitswährung gibt, ermöglichte es Mexiko, durch regelmäßige Peso-Abwertungen den Konkurrenzdruck der übermächtigen nördlichen Nachbarn abzuwehren.

Mexiko ist in vieler Hinsicht eine verlängerte Werkbank für US-Konzerne, aber auch für EU- und für japanische Unternehmen. Das spiegelt sich in der Autobranche wieder, wo Toyota, Nissan, GM, Ford und VW große Werke haben. VW produziert im mexikanischen Puebla z.B. pro Jahr 500000 Pkw, von denen 80 Prozent in den Export gehen, die meisten in die USA. Seit dem Dieselgate-Skandal verbucht VW Mexico massive Einbrüche.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump will zwischen den USA und Mexiko eine 1954 Meilen lange Mauer zu bauen, in der es nur ein „großes Tor“ für den streng kontrollierten Einlass geben würde. In welche Richtung, muss man da inzwischen fragen. Denn im Zeitraum 2009 und bis einschließlich 2015 sind zwar 870000 Menschen aus Mexiko in die USA ausgewandert, aber rund eine Million Menschen aus den USA – überwiegend Mexikaner – nach Mexiko zurückgewandert. Die Anziehungskraft der USA hat massiv nachgelassen. Wobei die Drift von Nord nach Süd kaum vom Geld, sondern vor allem von Gefühlen gesteuert wird: Familienzusammenführung und Sehnsucht nach der Heimat sind die „außerökonomischen“, höchst menschlichen Triebkräfte.

Gesichert wird dies auf mehrfache Weise. So ist der Gewerkschaftsdachverband CTM seit langem ein zahnloser Tiger und stellt sich in den Dienst von Politik und Wirtschaft. Die jahrzehntelange Regierungsnähe wirkt sich in den aktuellen Zeiten besonders verheerend aus, was die Vertretung der Arbeiterinteressen anbelangt (siehe Kasten CTM). Das Lohnniveau ist entsprechend niedrig (siehe Kasten Lohnstückkosten und Mindestlohn). Statt an strukturelle Änderungen zu denken, wird versucht, größere Unmutsbekundungen mit Sozial- und Armutsprogrammen zu verhindern. Ein Beispiel ist der von der Regierung ausgerufene „Kreuzzug gegen den Hunger“. In dessen Kontext wurde zu-

sammen mit den Nahrungsmittelkonzernen an Konzepten wie „besonders nährreichen Keksen“ zur Bekämpfung des Hungers gearbeitet.

Die Verflechtung von legaler und krimineller Ökonomie wäre ein Thema für sich. In Mexiko haben sich „Verbrechen, Politik und Unternehmerwelt auf spektakuläre Weise vermischt“, so der Autor Luis Hernández Navarro. Das Drogengeld wird in praktisch allen Wirtschaftsbereichen investiert und ist damit ein wichtiger Stabilitätsfaktor für die Ökonomie geworden. Offiziell hat sich die Regierung dem Kampf gegen die Drogenkartelle verschrieben. Sie versucht, dies mit spektakulären Festnahmen wie zuletzt die Wiederer-

greifung von Joaquín „Chapo“ Gúzman, Chef des Drogenkartells von Sinaloa, zu unterstreichen. Doch es ist verblüffend, wie frei einige Kartelle oft in Regionen, in denen es viele Naturressourcen oder große Infrastrukturprojekte gibt, agieren können. Die Folgen sind eine eingeschüchterte Bevölkerung, die faktische Enteignung von Gemeinde- und Privatland sowie im schlimmsten Fall die Vertreibung. So wird der Boden bereitet, um Großprojekte gegen weniger Widerstand durchführen zu können.

Gerold Schmidt lebt in Mexiko D.F.; er arbeitet mit dem Studienzentrum für den Wandel im Mexikanischen Landbau (Ceccam) in Mexiko-Stadt zusammen.

Lohnstückkosten und Mindestlohn

Nach einem von der Tageszeitung *La Jornada* zitierten Bericht der Weltbank sanken die mexikanischen Lohnstückkosten in den ersten zweieinviertel Jahren unter der Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto um 6,6 Prozent. [Nieto wurde Ende 2012 gewählt]. Ein Teil davon ist auf die erhöhte Arbeitsproduktivität zurückzuführen, ein anderer Teil auf relativ gesunkene Löhne. So sank das Realeinkommen der Arbeiter nach Weltbankangaben bereits unter Präsident Felipe Calderón (2006 – 2012) um 12,6 Prozent. Diese Entwicklung hat sich bisher unter Peña Nieto noch beschleunigt. Die seit Anfang der 1980er Jahre meist hinter der Inflationsrate zurückbleibenden Mindestloohnerhöhungen haben aus Mexiko „eine effiziente Fabrik von Armen“ gemacht, so der Ökonom José Luis Calva. Seit dem ersten Oktober 2015 gilt in Mexiko ein einheitlicher Tagesmindestlohn von 70,10 mexikanischen Pesos (derzeit etwa 3,50 Euro) für 59 Berufe. Offiziellen Angaben nach müssen in Mexiko etwa 2,5 Millionen Menschen vom Mindestlohn oder ausschließlich von Trinkgeld leben. Nach Berechnungen des Multidisziplinären Analysezen-trums der mexikanischen Nationaluniversität UNAM müsste ein Arbeitseinkommen täglich 200 Pesos betragen, um sich die Produkte des Grundwarenkorb zu leisten zu können. Aufgrund des Kaufkraftverlustes der vergangenen

Jahre ist derzeit nicht einmal die Hälfte der Mexikaner in der Lage, mit dem Arbeitseinkommen die Produkte des Grundwarenkorb abzudecken, so das Ergebnis einer Studie des mexikanischen Senats. Die Unternehmer zeigten sich auf einer Pressekonferenz mit Arbeitsminister Navarrete großzügig. Die Privatinitiative sei „in der Lage, diese Erhöhung zu zahlen“, werden ihre Vertreter zitiert. Sie gingen sogar so weit, „die Anstrengung der mexikanischen Arbeiter“ anzuerkennen.

CTM

In den vergangenen 25 Jahren hat der Gewerkschaftsdachverband CTM rasant an Einfluss und Mitgliedern verloren. Nach eigenen Angaben vertritt er immer noch etwa vier Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Mitgliedschaft dürfte inzwischen jedoch weit unter einer Million liegen. Der CTM entstand 1936 als Transmissionsriemen der damaligen Quasi-Staatspartei PRI. Über Jahrzehnte war er eine mächtige Gewerkschaft im Dienste der Partei, manchmal auch im Dienste der Arbeiter. Gegen unabhängige Organisationsbestrebungen im Gewerkschaftssektor gingen CTM und PRI immer radikal vor. Von 1936 bis zu seinem Tod 1997 hielt der legendäre CTM-Vorsitzende Fidel Velázquez (1900–1997) die mexikanische Arbeiterschaft eisern unter Kontrolle. Zudem brüstete er sich damit, gegen seinen Willen könne niemand zum Präsidentschaftskandidaten der

PRI erklärt werden. Velázquez folgten im Amt weitere alte Männer. Am 7. Januar 2016 starb mit fast 94 Jahren der erst im vergangenen Oktober für sechs Jahre bestätigte Vorsitzende Joaquín Gamboa Pascoe. In den zehn Jahren mit ihm an der Spitze verlor der Dachverband weiter an Bedeutung. Der CTM ist kein ernsthafter Gesprächspartner der Regierung mehr. Mit großen Unternehmen schließt er zunehmend sogenannte Schutzverträge ab: Kollektivverträge, die den Konzernen Sicherheit geben und von denen die Arbeiter in der Regel nicht einmal etwas wissen. Gamboa hatte stets gegen radikale Gewerkschaften Stellung bezogen. Die Arbeiter des CTM würden nicht „die Straßen verschmutzen wie andere Gremien.“ Die CTM setze auf den Dialog „und wir haben verstanden, wenn die Unternehmer sich in schwierigen Situationen befunden haben, denn wir sind keine Feinde.“ Bekannt wurde er ebenso für den Anspruch: „Dass es den Arbeitern dreckig geht, heißt nicht, dass es mir dreckig gehen muss.“ Nachfolger Carlos Aceves del Olmo, mit 75 Jahren ein ausgesprochener Jungspund, wies auf der Begräbnisfeier Gamboas darauf hin, sein Vorgesetzter und Freund habe das Leben enorm genossen, „seine Kunstwerke, seine bei der Jagd erlegten Tiere“. Er versprach, in der Amtsnachfolge „den Ratschlägen und der Philosophie“ seines verstorbenen Freundes zu folgen.